

FR/bch

Bern, den 23. April 1981

VERTRAULICHP R O T O K O L L

der Gespräche zwischen Charles-Ferdinand Nothomb, Aussenminister Belgiens, und Pierre Aubert, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, vom 16. April 1981 in Bern.

Beginn der Gespräche: 9h45

1. Polen

Minister Nothomb: Zur Zeit meines Polenbesuchs vom vergangenen Dezember präsentierte sich die Lage ganz ähnlich wie heute: Beide Grossmächte gaben Warnungen ab, und amerikanische Quellen sprachen von einer unmittelbar bevorstehenden Invasion. Die Polen selbst dagegen versicherten, sie würden die Lage meistern, da sich Volk, Partei und Kirche einig seien. Sie führten die Wirtschaftskrise auf das schlechte Wetter und auf die Fehlinvestitionen zurück. Im übrigen überreichte man mir damals eine erste Liste der Nahrungsmittelwünsche.

Belgien befürwortet eine Nahrungsmittelhilfe an Polen, für die jetzt ein zweites Gesuch vorliegt. Natürlich ist der Westen jedesmal im Dilemma, ob er eine solche Hilfe leisten will. In Sachen Kredite sind wir in Belgien vorsichtig, haben aber jetzt gewisse Fristen erstreckt. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten sind wir in Polen finanziell nicht sehr stark engagiert. Belgien pflegte dagegen schon bisher spezielle politische Beziehungen mit Warschau (auf der Ebene der politischen Direktoren), und auch bei meiner jüngsten Reise gewannen wir den Eindruck, unser Besuch sei den Polen angenehm.



- 2 -

Bundesrat Aubert erkundigt sich nach den Ergebnissen des Europäischen Rates von Maastricht, nach allfälligen Echos auf die Pariser Gläubigergespräche sowie nach der belgischen Beurteilung der gegenwärtigen innenpolitischen Lage in Polen.

Minister Nothomb: Die Polen-Erklärung des Maastrichter Gipfels unterscheidet sich kaum von derjenigen des Luxemburger Treffens. Die NATO-Aussenminister, die an ihrer letztjährigen Dezember-Tagung erstmals im allerengsten Rahmen tagten, waren sich einig, dass auf eine Invasion mit Sanktionen geantwortet werden muss. Auf Grund einer bestehenden Liste möglicher diplomatischer und wirtschaftlicher (keineswegs aber militärischer) Massnahmen würde im Ernstfall beschlossen, welche Sanktionen tatsächlich ergriffen werden sollen. Inzwischen wurden auch konkrete Szenarien ausgearbeitet.

Belgien ist an den Pariser Gläubigergesprächen beteiligt und will dort zu einer Schuldenkonsolidierung Hand bieten.

Botschafter Cahen: Das von Premierminister Jaruzelski geforderte zweimonatige Streikverbot bringt keine Lösung der gespannten Lage. Erst die Praxis wird zeigen, wie ein solches Verbot angewandt wird. Es besteht heute in Polen offensichtlich der Wille, jede Konfrontation zu vermeiden. Was der bevorstehende Parteikongress bringen wird, lässt sich im Moment noch nicht voraussagen. Unwahrscheinlich ist indessen, dass dort wie beim letzten ZK-Plenum noch einmal der bisherige status quo bestätigt wird. Jede Parteigruppe sucht heute ihre Stellung zu festigen.

Minister Nothomb erkundigt sich nach der Haltung der Schweiz bei einer allfälligen sowjetischen Intervention und erwähnt, dass andere Länder, die auch nicht EG- oder NATO-Mitglieder sind, sich in einem solchen Fall mit diesen beiden Organisationen abstimmen wollen.

- 3 -

Bundesrat Aubert: Falls es zu einer Intervention kommt, wird die Schweiz ihre Hilfe an Polen einstellen und eine Umschuldungsaktion ablehnen. Es müsste allerdings geprüft werden, ob die humanitäre Hilfe nicht trotzdem weitergeführt werden sollte, ist doch die Bevölkerung gerade in einer derartigen Situation darauf angewiesen.

Staatssekretär Probst erinnert daran, dass die Exportrisikogarantie in diesem Jahr Bankenkredite bis zur Höhe von 100 Mio. Franken für Exporte nach Polen garantiert, wobei die ERG-Frist drei Jahre statt wie üblich nur sechs Monate beträgt. Schwierig ist es dagegen für die Schweiz, Polen direkte Finanzhilfe zu leisten, denn die entsprechenden rechtlichen Grundlagen fehlen.

Im Falle eines EG-Embargos gegenüber Polen dürfte die Schweiz, wie schon im Falle Irans und Rhodesiens, Massnahmen ergreifen, um den Handel auf den sogenannten "courant normal" zu beschränken.

Eine gewaltsame Aktion in Polen vor Ende der Konferenz von Madrid dürfte der KSZE ein Ende setzen. Wenn die Sowjetunion bis jetzt (im Unterschied zu 1968 und 1956) noch nicht direkt eingegriffen hat, dann wohl darum, weil ihr viel an Madrid und dem Ost-West Dialog, an Abrüstung, an Gesprächen über die TNF liegt. Eine Rolle spielen wohl auch Moskaus Probleme in Afghanistan, der Papstbesuch in Polen (1979), der polnische Nationalismus sowie der Regierungswechsel in den USA. Ich glaube somit nicht an eine baldige gewaltsame Aktion.

Bundesrat Aubert: Falls die NATO Sanktionen beschliesst, so werden wir Massnahmen ergreifen, um deren Umgehung zu verhindern.

Die Sowjetunion weiss heute, dass der Westen im Falle einer Intervention Sanktionen ergreifen würde und dass sie somit die Last der polnischen Wirtschaftskatastrophe dann allein tragen müsste.

Botschafter Cahen: Die Sowjetunion möchte eine Intervention vermeiden. Es gibt aber einen latenten Polenhass in der DDR, und auch die übrigen Nachbarländer sind unruhig. Die Sowjetunion sieht sich somit vor die Frage gestellt, ob sie eine Intervention vermeiden kann. Eine Intervention würde zu einem atlantischen Erwachen führen und somit den gegenwärtigen Versuch Moskaus vereiteln, einen Keil zwischen die verschiedenen NATO-Mitgliederstaaten zu treiben. Diesmal würde der Westen nicht wie 1968 sofort wieder zur Tagesordnung übergehen. Die Polen verstehen es, die öffentliche Meinung in der Welt zu sensibilisieren (schon vor dem ersten Weltkrieg gab es polnische Manifestationen bis nach Paris). Polen gehört ausserdem der katholischen Gemeinschaft an. Die Sowjetunion weiss, dass die Verhältnisse heute anders sind als 1956 und 1968.

Minister Nothomb: Die Polen behaupten heute, sie seien für ihre Nachbarn nicht ansteckend, da die anderen Länder weder stark katholisch sind noch eine private Landwirtschaft besitzen.

2. Afrika (insbesondere Zaire)

Minister Nothomb: Die schwerste unter den verschiedenen Krisen, die Zaire in der Vergangenheit durchmachte, stellte die "zairisation" von 1973 dar, in der unter anderem auch die belgischen Güter konfisziert wurden. Die "zairisation" wurde 1977 durch den Mobutu-Plan, der heute noch gilt, teilweise wieder rückgängig gemacht. Mit Hilfe des internationalen Währungsfonds

wird jetzt versucht, wieder Ordnung ins Land zu bringen. Belgien spielt zwar dabei eine führende Rolle, überliess aber aus psychologischen Gründen (wegen seiner Rolle als ehemalige Kolonialmacht) die Leitung dem internationalen Währungsfonds. Im Zuge dieser Bemühungen musste das Land zwar eine Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung hinnehmen, erlangte aber wieder eine gewisse Ehrenhaftigkeit.

Die belgische Präsenz in Zaire ist heute noch recht bedeutend und in letzter Zeit wieder vermehrt gefragt. Rund 18'000 Belgier arbeiten dort, und gewisse Spitzenpositionen in der Verwaltung werden wieder von Belgiern eingenommen (beispielsweise Transportwesen und Zollverwaltung).

Die militärische Zusammenarbeit mit Zaire beschränkt sich gegenwärtig auf rund 110 Personen. Wir wollen diese Zahl nicht erhöhen, obwohl Zaire dies möchte. Es hält uns das Beispiel der 130 Franzosen vor, die Truppen kommandieren und beim Defilé jeweilen vorausmarschieren, während sich die belgischen Offiziere nur mit Ausbildung und Logistik befassen.

Rund die Hälfte unserer Entwicklungshilfe geht an Zaire, Ruanda und Burundi. Wir möchten unsere Afrikapolitik ausbauen und verlangen eine entsprechende Debatte im Parlament. In Westafrika kam bis jetzt unsere Entwicklungshilfe vornehmlich der Elfenbeinküste zugute, sind doch rund 1'700 Belgier dort tätig. Im übrigen wirkte Belgien unter Aussenminister Simonet bei der Vermittlung zwischen Zaire und Angola mit. Etwas beunruhigt sind wir daher durch die neue Haltung der Vereinigten Staaten, die angolanischen Oppositionellen Hilfe leisten will. Belgien hat kein Interesse an einem neuen Konflikt in jener Region, weil es Grauzonen gibt, die sich mit vernünftiger Zusammenarbeit verbessern lassen. Wir glauben deshalb, dass man sich gegenüber Angola nicht völlig negativ verhalten darf und betreiben folglich auch gegenüber solchen Ländern eine vorsichtige Politik der Zusammenarbeit.

- 6 -

Unser Hauptproblem mit Zaire stellen die über 17'000 in Belgien niedergelassenen Regimegegner dar, deren Tätigkeit uns häufig Vorwürfe Mobutus einträgt. Im Zuge von Premierminister Martens Zaire-Besuch einigten wir uns zwar auf das Prinzip der Respektierung der verschiedenen staatlichen Ordnungen in beiden Ländern, die Spannungen dauern aber trotzdem an. In Zaire versteht man nicht, was Meinungsäusserungsfreiheit bedeutet.

Wir möchten in Afrika präsent sein, wünschen aber ein Afrika, das unabhängig, stabil und offen ist (keine "chasse gardée"). Die belgische Entwicklungszusammenarbeit ist dort willkommen. Unsere Hilfe an Zaire wird auch an anderen Orten geschätzt. Wir gehen dabei vorsichtig vor. Globalstrategisch gesehen wirkt sich die belgische Präsenz in Afrika positiv aus. Entwickeln möchten wir die Zusammenarbeit mit Nigeria, um auch ausserhalb des französischsprachigen Bereichs präsent zu sein. Auch mit den "Frontstaaten" möchten wir Beziehungen pflegen. Was Südafrika betrifft, so verurteilen wir die Apartheidpolitik. Es fielen daher beim Besuch Bothas recht harte Worte. Unsere Politik ist indessen weniger deklamatorisch und ideologisch als diejenige der Niederlande. In Nordafrika ist Algerien unser wichtigster Handelspartner.

Bundesrat Aubert erinnert an die 0,23 % des Bruttonettoprodukts, welche die Schweiz für öffentliche Entwicklungshilfe aufwendet. Diese Zahl nimmt sich recht bescheiden aus im Vergleich mit dem 0,56 % Belgiens, von denen allerdings rund die Hälfte an Zaire, Ruanda und Burundi geht.

Mobutus Regime wird eine teilweise nachlässige Geschäftsführung und Korruption vorgeworfen. Darf man erwarten, dass Zaire unter Mobutu den Willen und die Fähigkeit hat, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen (insbesondere die Schuld von 5 Milliarden Dollar zurückzubezahlen) ? Muss

- 7 -

angesichts der zahlreichen Regimegegner damit gerechnet werden, dass es in Zaire zum Umsturz kommt, in dessen Folge dieser Staat eine auf Angola ausgerichtete Politik betreiben könnte ?

In der Schweiz herrscht eine gewisse Beunruhigung über die zunehmende Zahl von Flüchtlingen aus Zaire, die vor allem aus Belgien in die Schweiz einreisen.

Staatssekretär Probst: Kennt man die Gründe dieser Migration in die Schweiz ?

Bundesrat Aubert: Es würde uns schliesslich interessieren, die Hintergründe der Kämpfe im Norden Nigerias zu kennen, die gemäss Presseberichten in letzter Zeit zahlreiche Tote gefordert haben. Diese Vorkommnisse beschäftigen uns vor allem im Hinblick auf das Problem der Waffenausfuhr.

Minister Nothomb: Zaires politische Ausrichtung gibt zu keiner grundsätzlichen Besorgnis Anlass. Das Land besitzt eine recht gut qualifizierte Regierung, in der namentlich auch mehrere ehemalige Exilierte sitzen. Mit Belgien ist Zaire durch Freundschaft verbunden, und die bestehenden Probleme dürfen nicht überbewertet werden. Belgien ist für Zaire sowohl nützlich als auch gefährlich, gibt es doch bei uns eine für die Vorgänge in Zaire sensibilisierte öffentliche Meinung. Die Opposition in Belgien ist gefährlicher als etwa diejenige in Frankreich oder in der Schweiz, denn sie kann hier bei den zahlreichen Studenten ihre Propaganda entfalten. Eine gewisse Gefahr liegt bei den Kontakten, die einige Regimegegner zu Libyen unterhalten.

Was Zaires Fähigkeit zur Einhaltung seiner internationalen Verpflichtungen anbelangt, so gilt es zunächst festzustellen, dass die unter belgischer Leitung stehenden Zollorgane dem Land jetzt etliche Devisen einbringen. Innerhalb der Verwaltung gibt es aber grosse Probleme. Mobutu hat das Verdienst, das Land geeinigt und befriedigt zu haben. Er stellt eine Autorität dar, wenn auch eine mit Schwächen. Das Land ist sehr reich. Es waren oft die westlichen Länder, die Zaire zu kostspieligen Investitionsprojekten drängten.

Botschafter Cahen: Das Regime hat gezeigt, dass es zu politischer Stabilität fähig ist. Der Bantu Mobutu versteht das "divide et impera" bestens. Da die Opposition unter sich uneinig ist, liegt die einzige wirkliche Gefahr in der Ausnützung der Lage durch Drittländer (Libyen). Solche Kreise sollen mit dem Sohn Tshombés Kontakte aufgenommen haben. Das Problem der schlechten Geschäftsführung und der Korruption hängt mit dem Kupferpreis zusammen, dessen Ansteigen Zaire zu Beginn der sechziger Jahre ein angenehmes Leben gebracht hatte, dessen Fallen aber wieder zu einer Ernüchterung führte.

Der heutige Plan des IWF ist hart, vielleicht zu hart. Es besteht aber eine gewisse Hoffnung, dass Zaire seine Verpflichtungen einhalten wird, selbst wenn eine Neuaushandlung der Bedingungen mit dem IWF nötig würde.

Mobutu selbst versteht weder von Militär noch von Wirtschaft etwas. Er umgibt sich aber mehr und mehr mit jungen Intellektuellen, denen er, vor allem in der Wirtschaft, Kompetenzen delegiert. Die Resultate sind ermutigend. Man darf wohl annehmen, dass das Regime recht stabil bleibt, falls keine Zwischenfälle eintreten und sich das Land weiterhin auf den Westen abstützen kann. Zaire unterhält gute Kontakte zur Reagan-Administration.

Was die vermehrte Emigration von zairischen Flüchtlingen in die Schweiz anbelangt, so hängt diese vielleicht damit zusammen, dass sowohl in Frankreich als auch in Belgien kürzlich die zairischen Botschafterposten von ehemaligen Polizeifunktionären übernommen wurden, die einen harten Kurs verfolgen. Die Arbeitsmöglichkeiten in der Schweiz dürften dagegen eine geringere Rolle spielen, gibt es doch unter den Flüchtlingen nur wenige, die wirklich arbeiten wollen. Die meisten sind Studenten, Händler oder vor allem Regimegegner.

Minister Nothomb: Die von Bundesrat Aubert erwähnten Zwischenfälle von Kano im Norden Nigerias wurden von Libyern angezettelt.

3. Europäische Integration und KSZE

Minister Nothomb: Vorläufig bestehen innerhalb der EG noch viele wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Affäre der britischen Beitragszahlungen hat die Gemeinschaft erschüttert und zu einer Blockierung der Mechanismen geführt. Im Juni wird die Kommission einen Vorschlag für die Restrukturierung des Budgets vorlegen. Die politische Zusammenarbeit funktioniert dagegen gut. Man ist sich der Notwendigkeit bewusst, gegen aussen zusammenzuarbeiten (mittlerer Osten, Polen, atlantische Beziehungen).

Beide "Schienen" der europäischen Zusammenarbeit sollten aber in gleicher Weise befahren werden. Die Rolle der Präsidentschaft, die wir im kommenden Januar wieder übernehmen, ist beträchtlich. Unter dem geltenden Einstimmigkeitsprinzip ist sie es, die in erster Linie Vorschläge formuliert. Wir werden uns namentlich mit den Beitrittsgesuchen befassen müssen, die vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht neue Probleme schaffen.

Für uns selbst sind diese allerdings weniger schwerwiegend, da wir keine Mittelmeerprodukte produzieren.

Was die vorgeschlagene Schaffung einer ständigen Organisation für die politische Zusammenarbeit (permanentes Sekretariat) betrifft, so ist sie durchaus bedenkenswert.

Minister de Schoutheete: Die europäische politische Zusammenarbeit funktioniert gut, weil sie recht pragmatisch ist. Indessen ist die Last der Präsidentschaft für kleine Länder namentlich deshalb fast unerträglich geworden, weil die Kommission keine zentrale Koordinierungsrolle auf dem Gebiet der politischen Zusammenarbeit spielt. Wenn man daher auf diesem Gebiet weitergehen möchte, so müssten gewisse neue Strukturen geschaffen werden.

Paradox ist, das sich die politische Zusammenarbeit bis jetzt nie mit eigentlichen Sicherheitsproblemen befasst hat, obwohl wir von Abrüstung, KSZE usw. sprechen. Nötig wären namentlich Bedrohungsstudien und ähnliches.

Botschafter Cahen: Ein weiteres Problem stellt das Krisenmanagement dar. Dieses hängt weitgehend von der Initiative der Präsidentschaft ab und ist daher, wie der Fall Afghanistan gezeigt hat, besonders dann gefährdet, wenn eine Krise zwischen zwei Präsidentschaften ausbricht.

Bundesrat Aubert erkundigt sich nach der belgischen Haltung in Sachen Stationierung von Mittelstreckenwaffen sowie nach der Tragweite, die den jüngsten Vorschlägen Breschnews auf diesem Gebiet zukommt. Ausserdem würden wir gerne wissen, welche Bedeutung Belgien dem Europarat zumisst, dessen Präsidentschaft die Schweiz demnächst übernimmt.

- 11 -

Minister Nothomb: Wir respektieren weiterhin den Beschluss der NATO vom Dezember 1979 über die Mittelstreckenwaffen. Wir haben dies im vergangenen September noch einmal bestätigt und gleichzeitig wiederholt, dass wir das Schwergewicht auf die Verhandlungen legen möchten. Schon jetzt sind wir aber bereit, je nach Ausgang der Verhandlungen die nötigen Massnahmen zu ergreifen. Wenn wir dies auch nicht in der Öffentlichkeit zugeben, so zeichnet sich die belgische Haltung in der Tat durch eine gewisse Verschwommenheit aus. Dies erklärt sich dadurch, dass die Regierungskoalition in dieser Sache gespalten ist, obwohl die Öffentlichkeit mehrheitlich eine Stationierung befürwortet. Wir sind deswegen keineswegs NATO-Gegner oder Neutralisten. Gegenüber den Vereinigten Staaten legen wir Gewicht darauf, dass es bald zu Verhandlungen kommen muss. Gromyko dagegen erklärte ich, dass wir am Dezemberbeschluss festhalten. In Belgien selbst wurde kein negativer Entscheid gefällt. Wir werden sehen, wie sich die Lage bis 1983 entwickelt. Unsere Haltung unterscheidet sich von der niederländischen. In beiden Ländern sind aber in der zweiten Hälfte dieses Jahres Entscheide zu erwarten.

Ueber die Rolle des Europarates herrscht in der öffentlichen Meinung Belgiens grosse Verwirrung, denn die EG sind hier viel bekannter. Trotzdem stellt der Europarat eine Dimension dar, die es - insbesondere, was die Menschenrechte und die Kultur betrifft - zu pflegen gilt. Er ist vor allem als parlamentarische Versammlung geachtet. Wir müssen auf diesem Gebiet noch viel Aufklärungsarbeit tun.

Bundesrat Aubert weist noch darauf hin, dass es unter den 21 Europaratsmitgliedern Staaten gibt, die nie EG-Mitglieder werden können.

Minister Girard: Wir wissen, mit welchen Schwierigkeiten die EG heute kämpfen müssen. Es ist uns bewusst, dass ein

Integrationsprozess, an dem 10 und bald 12 Nationen beteiligt sind, nicht ohne Friktionen ablaufen kann. Die Schweiz wünscht sich eine starke und kohärente EG als Partner und ist überzeugt, dass die EG die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden und gestärkt daraus hervorgehen wird.

Wir hoffen auf Unterstützung der belgischen Regierung bei der Verbesserung der Ursprungsregeln. Ein entsprechender Vorschlag der EFTA aus dem Jahre 1975 wird jetzt auch von der EG-Kommission unterstützt. (Ein entsprechendes Memorandum wird übergeben).

Herr Renk erkundigt sich, ob man in Belgien an eine Lösung des Problems der Ausdehnung der vertrauensbildenden Massnahmen an der KSZE (CBM) in den nächsten Monaten glaubt.

Botschafter Cahen: Die sowjetische Haltung gegenüber den Vorschlägen Frankreichs und der EG hat sich zwar stark gewandelt, insbesondere seit der jüngsten Initiative Breschnews. Die von ihm geforderten westlichen Gegenleistungen sind aber nach wie vor unklar. Wir sind nicht der Meinung, dass solche Gegenleistungen erforderlich sind. Die Sowjetunion kam uns etwas entgegen, indem sie jetzt auch über die anderen Kriterien zu sprechen bereit ist. Für die zukünftige Entwicklung kann man folgende drei Hypothesen aufstellen:

a) Es liegt der Sowjetunion so sehr an einer Abrüstungskonferenz, dass sie die westlichen Bedingungen akzeptiert. Dann lohnt es sich, weiter zu verhandeln.

b) Die Sowjetunion hält ihre Gegenforderungen aufrecht.

c) Die UdSSR zieht ihr Angebot, das betroffene Gebiet bis zum Ural auszudehnen, zurück.

- 13 -

Die EG hat den N+N-Vorschlag mit Interesse zur Kenntnis genommen, der viele gemeinsame Punkte mit ihren eigenen Auffassungen enthält. In anderen Punkten haben wir Vorbehalte, z.B. zur N+N-Definition des Anwendungsgebietes der CBM. Wir sind bereit, weiter zu verhandeln. Vier Wochen scheinen eine vernünftige Zeit, andernfalls würde der KSZE-Prozess seine Glaubwürdigkeit verlieren. Wichtig ist, das "follow-up" zu sichern. Sonst allerdings wäre eine Vertagung angezeigt.

Staatssekretär Probst : Osteuropäische Gesprächspartner wollten sich bis jetzt nicht darüber ausprechen, welche Art Konzessionen sie bezüglich der vertrauensbildenden Massnahmen vom Westen erwarten. Die Schweiz hat sich im Rahmen der N+N dafür eingesetzt, dass das N+N-Papier nicht bloss einen Kompromiss in der Mitte darstellt, sondern einen wirklichen Diskussionsbeitrag. Wir sind mit Ihnen einig, dass man die Verhandlungen nicht unbeschränkt fortsetzen soll, möchten aber, dass die Madrider Konferenz zumindest mit einem kurzen Papier endet, das Ort und Datum der nächsten Folgekonferenz enthält. Schlimmstensfalls müssen wir aber auch eine Vertagung in Betracht ziehen.

Bundesrat Aubert überreicht zum Schluss ein Memorandum über die Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen von 1949. Belgien hat vor allem bei der Ausarbeitung des ersten Protokolls eine bedeutende Rolle gespielt.

Schluss der Gespräche: 12h00

Liste des délégationsDélégation suisse

M. le Conseiller fédéral Pierre Aubert
M. le Secrétaire d'Etat Raymond Probst
M. l'Ambassadeur Auguste Hurni
M. l'Ambassadeur Jean-Pierre Ritter
M. le Ministre Pierre-Louis Girard
M. Hansjörg Renk
Mme Catherine Krieg
M. Andreas Friedrich
M. Paul Widmer

Délégation belge

M. Charles Ferdinand Nothomb, Ministre des affaires étrangères
de Belgique
M. Erik Bal, Ambassadeur de Belgique en Suisse
M. l'Ambassadeur Alfred Cahen, Directeur général de la Politique
M. le Ministre Philippe de Schoutheete, Chef de Cabinet
de Monsieur le Ministre des affaires étrangères
M. le Ministre Gilbert Loquet, Directeur à la Direction
générale de la Politique
M. Philippe Berg, Conseiller au Cabinet de Monsieur le Ministre
des affaires étrangères
M. James Hoyaux, Conseiller à l'Ambassade de Belgique

* * *

*